

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 3.00 M., vierteljährlich 11.00 M. Durch die Post bezogen 14.10 M. Beleggeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Abonnent keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Amliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schellertung und Druckerei: Wiesbaden, Altfeldstraße 11. Fernruf Nr. 1915 und 1916. — Anzeigenpreis: Die 24 mm breite Zeile 60 Pf., die 32 mm breite Zeile 75 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bezw. 1.00 M. Ausland 2.00 M. bezw. 2.50 M. Rabatt 10. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 546

Montag, 22. November 1920.

74. Jahrgang

Aus der Deutschen Volkspartei.

Deutsche Volkspartei und Befoldungsreform.

Der Beamtenausschuss der Deutschen Volkspartei hat in seiner letzten Sitzung folgende Entschlüsse angenommen: Der Reichstagsfraktion dankt dafür aus, daß sie in ihrer Sitzung vom 20. Oktober erklärt hat, keiner Regelung der Befoldungsreform zuzustimmen, die nicht der Entschlüsselung des Reichstags vom 3. August gerecht wird. Diese Entschlüsselung, der die Reichsregierung beigetreten ist, besagt, daß bei der eingetragenen Nachprüfung der Befoldungsreform für die Reichsbeamten die Folgerungen aus den Befoldungsabänderungen der Länder gezogen werden sollen. Zur Frage der notwendigen Erhöhung der Teuerungszuschläge empfiehlt der Beamtenausschuss der Deutschen Volkspartei den Fraktionen im Reichstag und der preussischen Landesversammlung folgende von ihm zuerst aufgestellten Grundzüge in Erwägung zu ziehen:

1. Der bewegliche Teil des Beamteneinkommens, die Teuerungszuschläge, ist der Entwertung des Geldes entsprechend so zu erhöhen, daß auch in den unteren Stufen das Existenzminimum erreicht wird.
2. Die Teuerungszuschläge ist bei Grundgehältern und Kinderzuschlägen in gleichen Hundertteilen für alle Beamten zu gewähren.
3. Gegebenenfalls ist eine Mindestsumme für den auf Grundgehälter und Ortsklassenaufschlag entfallenden Teuerungszuschlag festzusetzen.
4. Bei den Teuerungszuschlägen zu den Ortsklassenzuschlägen ist darauf Bedacht zu nehmen, daß besonders teure Orte mit höheren Zuschlägen bedacht werden.
5. Die Erhöhung der Teuerungszuschläge zu den Kinderzuschlägen muß weitergehen, als bei den übrigen Gehaltssteilen, falls nicht eine Erhöhung der völlig unzureichenden Höhe sofort zu erreichen ist.

Die Notlage der Beamten.

Im Gegenstand eingehender Besprechungen innerhalb der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gewesen. Die bestehende Not der Beamenschaft ist allgemein anerkannt, und Richtlinien für die bevorstehenden interfraktionellen Beratungen zu ihrer Hebung sind aufgestellt worden. Grundlegend hat man sich für das System der Teuerungszuschläge mit einer feststehenden unteren Grenze entschieden und den Beamten der Industriebezirke eine besondere Berücksichtigung zugesichert.

Die Not der kleinen Rentner.

Die Notlage der kleinen und der sozialen Versicherungsrentner ist im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags Gegenstand von Besprechungen am Freitag gewesen. Der Arbeitsminister Brauns erklärte, daß dieses Problem weder durch die Versicherungsbeiträge noch durch den Staat allein, sondern nur durch eine Individualisierung zu lösen sei. Geheimrat Kurin von der Regierung gab praktische Erläuterungen. In der Debatte machten die Abgeordneten Rumm (D. n. Sp.) und Dr. Moldenhauer (D. Sp.) wertvolle Vorschläge. Der Ausschuss beschloß, daß ein Untersuchungsausschuss von acht Mitgliedern gebildet werde, der noch vor Weihnachten dem Ausschuss positive Vorschläge unterbreiten solle. Als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses wurde Dr. Moldenhauer gewählt. Dessen besondere Kenntnis und Tätigkeit auf diesem Gebiete für diese Wahl maßgebend war.

Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Essen, 21. Nov.

Zum erstenmal seit acht Jahren ist am Samstag in Essen wieder ein Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands zusammengetreten. Den Verhandlungen wohnten u. a. die Minister Stegerwald, Dr. Brauns und Giesberts, ferner Vertreter des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Christlichen Nationalen. Wohlfahrtsminister Stegerwald, der frühere Führer der christlichen Gewerkschaften, eröffnete den Kongress. Es folgten dann verschiedene Beiratsreden. In dem Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften wandte sich der Redner (Kaiser, Köln) sehr scharf gegen den Terrorismus, der von radikaler Seite ausgeht. Ein Berliner Antrag, der die Unterstützung der technischen Rüstung empfiehlt, wird wegen der ablehnenden Haltung der Eisenbahner zur selbständigen Beratung zurückgeschickt.

Am zweiten Verhandlungstag, am Sonntag, sprach Minister Stegerwald über die christlich-nationale Arbeiterbewegung und die Lebensfragen des deutschen Volkes. Er forderte die Aenderung des Versailles-Vertrages, der ein unüberwindliches Hindernis für die Produktion der ganzen Welt sei. „Wo bleibt“, so fragte der Redner unter stürmischem Beifall der Versammlung, der flammende Protest der Oberhäupter aller christlichen Kirchen gegen diese bewusste Vernichtung des Christentums? Bei den innerpolitischen Fragen sprach er sich entschieden gegen die Verschlingung Preussens aus, welche die Einheit des Reichs gefährdet. In der Wirtschaft und Finanzpolitik forderte der Redner strenge Maßnahmen. In der Landwirtschaft sei die Produktion zu heben und es seien möglichst viele Menschen auf dem Lande zu beschäftigen. In sozialpolitischer Hinsicht müsse die soziale Bewegung des Arbeitnehmers eine andere werden. Zum Wiederaufbau des Vaterlandes müßten die vaterländisch, christlich, volkstümlich und wahrhaft sozial denkenden Kreise und allen Volksschichten aufgenommen werden, auch parlamentarisch. Angesichts der Notwendigkeit, das ganze öffentliche Leben mit einem wahrhaft christlichen Geiste zu durchdringen, sei für die christliche Arbeiterbewegung das

gegenwärtige Parteiensystem unerträglich. Der Sozialdemokratie fehlten die Vorbedingungen für eine übertragende Führung. Nötig sei eine einheitliche, politisch geschlossene Ideengemeinschaft zwischen der gemäßigten Arbeiterbewegung Deutschlands und allen übrigen Volksgenossen, die im gleichen Sinne an dem Wiederaufbau und an der Erneuerung Deutschlands arbeiten wollten: deutsch, christlich, demokratisch, sozial (lebhafter Beifall). Träger dieses Programms müßten die im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten werden. Eine starke christlich-nationale Arbeiterpartei und die Zusammenfassung der politischen Kräfte im katholischen und evangelischen Lager sei das Gebot der Stunde. (Stürmischer Beifall.)

In der Nachmittags-Sitzung wurden einstimmig vier Entschlüsse angenommen: die erste fordert eine grundlegende Revision des Versailler Friedensvertrages, die zweite wendet sich gegen eine weitere Festschreibung großer Teile Deutschlands die dritte gegen die Forderung auf Ablieferung von 810 000 M. L. L. und die vierte fordert die Schaffung eines parlamentarischen Komitees, einer eigenen Tageszeitung der christlich-nationalen Bewegung und einer Volksbank. In das parlamentarische Komitee das alle deutsch-christlich, demokratisch und sozial orientierten Volkskreise zu einem einheitlichen parteipolitischen Handeln anzuregen soll, wurden gewählt die Minister Stegerwald und Giesberts, Dehrens, Kräuslein, Behm, Wieber, Imbusch, Schirmer, Erling, Gutzeit, Andre, Koch (Essen), Brauer, Tremmel, Waltrusch (Berlin), Kräuslein, Lönch und Otto. Dann traten Vertreter der beiden dem Deutschen Gewerkschaftsbund angehörenden Gesamtverbände der Angestellten- und Beamtenvereinigungen.

Zum Schluß sprach Verbandssekretär Hirtfelder. Er forderte, daß der Mensch wieder der Mittelpunkt der Wirtschaft werde. Die christlich-nationalen Arbeiter verlangten ein Mitbestimmungsrecht bei der Ordnung der Wirtschaft und dem Wiederaufbau, der nicht möglich sei durch die Diktatur des Proletariats, sondern auf Grundlage der christlichen Lehre. (Lebhafter Beifall.)

Ehrung der deutschen Gefallenen.

Paris, 21. Nov. Am Donnerstag legte der deutsche Botschafter Dr. Mayer an dem Denkmal der auf dem Friedhofe Bagneux in der Pariser Vorstadt Montrouge begrabenen deutschen Soldaten einen Kranz nieder. Mayer hielt dabei an die versammelten Mitglieder der deutschen Botschaft, der deutschen Friedensdelegation und der übrigen deutschen Missionen folgende Ansprache: Ueber eine Million deutscher Soldaten liegt auf französischem Boden begraben. Unermehlich ist die Zahl der Mütter, Witwen, Kinder und Geschwister der Gefallenen, die heute in der Heimat in ihren Gedanken und Gebeten an den Gräbern ihrer Lieben weilen. Mit ihnen gedenkt das ganze deutsche Volk in Trauer und Ehrfurcht seiner für das Vaterland gefallenen Söhne. Zur Ehrung des Andenkens an alle Treenen, die an der Front, in Hospitälern oder in der Gefangenenschaft ihr Leben für das Vaterland dahingaben und man in französischer Erde ihr Heldengrab finden, lege ich namens der Reichsregierung und der deutschen Heimat diesen Kranz nieder. Das deutsche Volk wird auch in seinem Unglück und seiner Not seine Helden und ihre Taten nie vergessen; es neigt sich in unaussprechlicher Dankbarkeit und Bewunderung vor ihrem Andenken, das ihm ein heiliges Vermächtnis bleiben wird immerdar.

Für die deutschen Mütter und Frauen legte Frau Botschafter Mayer einen Kranz nieder, für die deutsche Friedensdelegation Gesandter v. Rutius.

Die Krone Griechenlands.

Paris, 21. Nov. Aus Athen wird gemeldet: Die neue griechische Regierung hat am letzten Freitag sämtlichen Gerichten des Königsreichs den Auftrag gegeben, im Namen König Konstantins Recht zu sprechen. — Die Frage hat am Kaiser Benizelos das Bild der Königin Sophie angebracht. Mehrere Franzosen, die auf der Straße sich geweigert hätten, das Bild König Konstantins zu grüßen, seien bestraft worden. — Man befürchtet in Athen eine Revision des Friedensvertrages von Sevres. Die neue Regierung sei der Ansicht, daß alle Entscheidungen der letzten Kammer ungültig seien, deshalb solle die neu gewählte Kammer nochmals schleunigst den Friedensvertrag von Sevres ratifizieren, bevor die Alliierten intervenieren könnten.

Athen, 21. Nov. Mit Benizelos sind auch alle früheren Minister abgereist, ebenso eine Anzahl Notabeln der liberalen Partei, darunter mehrere Zeitungsdirektoren. — Die Gefängnisse wurden alsbald nach der Abreise von Benizelos geöffnet und die politischen Gefangenen in Freiheit gesetzt.

Berlin, 21. Nov. Wie der „Lokalanz.“ meldet, hat sich gestern in Luzern die Älteste Tochter des Königs Konstantin, Helena, mit dem rumänischen Thronfolger Carol verlobt.

Deutscher Reichstag.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Am Samstag wurde die erste jener Interpellationen, die aus den beliebten agitatorischen Gründen von den Reichstagssozialdemokraten eingebracht wurden, damit die Arbeiter leben, daß man auch noch da ist, beraten. Denn daß die Interpellation der Sozialdemokraten über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues einen praktischen Wert und Erfolg haben würde, haben sie wohl selber nicht geglaubt, wie auch aus der lahmen Beantwortung durch den Abgeordneten Köstler hervorging. Die Regierung, die ihre Hand zur Einbringung eines Sozialisierungsgesetzes böte, während im Reichswirtschaftsrat ein Ausschuss von Arbeitnehmern und Arbeitgebern des Kohlenbergbaues verhandelt, eine Einleitung über das ebenso schwere wie für die Zukunft Deutschlands ungeheuer einschneidende Problem und seine Lösung zu erzielen, diese Regierung wäre wahrhaftig wert, daß man über sie zur Tagesordnung überginge.

So antwortete denn auch der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz im wesentlichen nur folgendes: „Die Reichsregierung wird gemäß den Ausführungen des Reichskanzlers vom 27. Oktober dieses Jahres einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Kohlenbergbaues mit größtmöglicher Beschleunigung den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen. Im gegenwärtigen Augenblick sind die Beratungen der berufenen Sachverständigen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats und des Reichskohlenrats über die Grundform dieses Entwurfes noch nicht abgeschlossen. Vielmehr ist, wie bekannt, in den letzten Tagen die ursprünglich nur aus Vertretern des Kohlenbergbaues bestehende Verhandlungskommission durch weitere Sachverständige der übrigen Berufsgruppen ergänzt worden, um endgültig eine gemeinsame Grundlage für die entscheidende Frage der Neuordnung unseres Wirtschaftslebens zu finden. Die Kommission beschäftigt ihre Verhandlungen am 1. Dezember aufzunehmen. Solange die berufenen Sachverständigenvertreter noch in ausgiebigen Verhandlungen über einheitliche, aus gemeinsamer Verhandlung hervorgegangene Richtlinien beraten, denen angesichts der Bedeutung der zu lösenden Aufgabe die größte Wichtigkeit beizumessen ist, wäre es eine nicht angehende Beachtung des Wertes sachmännischer Mitarbeit der produktiven Kräfte, wenn die Reichsregierung schon jetzt einen endgültigen Bescheid über den Inhalt des Gesetzes geben oder eine Mittelstufe über dessen Richtlinien machen wollte. — Die Reichsregierung glaubt, einen geraden, aber wohlüberlegten Weg einhalten zu müssen. Daß die Frage der gemeinwirtschaftlichen Regelung des Kohlenbergbaues nicht einfach zu lösen ist, geht schon daraus hervor, daß auch die Partei der Interpellanten, die anderthalb Jahre, teils allein, teils machend, in der Reichsregierung gesessen hat, während dieser Zeit einen solchen Weg voraussetzen nicht in der Lage war. (Lebhafter Beifall rechts.) Wir müssen heute alle Parteien dieses Hauses bitten, in dieser für unser gesamtes Wirtschaftsleben so einschneidenden Frage unter Zurückstellung aller Parteilichkeiten („Sehr gut!“ rechts) vom wirtschaftlichen Standpunkt aus mit uns und mit den Sachverständigen zu prüfen, welche Ergebnisse einer Frage uns nützen kann: einer Frage, die von so außerordentlicher Wichtigkeit für unsere gesamte Zukunft ist. Es gibt wohl nur einen wirklich sachlichen Weg, den nämlich, der begründet ist auf der gemeinsamen Zusammenarbeit aller produktiven Kräfte unseres Volkes.“

Bei der Besprechung der Interpellation bezweifelte, nach dem der Zentrumsredner, daß die Regierungserklärung antwortend hatte, der deutschn. Abg. Leopold die Interpellation als einen agitatorischen Propaganda-Akt. Wirtschaftliche Probleme könnten nicht durch politische Maßnahmen gelöst werden. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft ist zu massig festgehalten, die Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß verbessert werden, was durch die (vielleicht angeregte) Ausgabe von Kleinaktien geschehen könne. Einige Ausführungen machte der Abg. Dr. Curtius von der D. Volkspartei. Die Reichsregierung habe die Pflicht, das ganze Problem dem Reichswirtschaftsrat zu überweisen. Die Arbeiten der Sozialisierungskommission, die ein Ergebnis des Generalsstreiks im März wäre, hätten bisher unter dem Druck der Politik des Generalsstreiks gestanden. Die Interpellation sei nichts als das Ergebnis des Zeitlaufs zwischen der U.S.P. und den Reichstagssozialisten. der Interpellant, der sozialdemokratische Abg. Köstler, sei als solcher ganz verschieden vom dem Köstler, der als Mitglied der Verhandlungskommission für die Preispolitik des Reichskohlenverbandes gestimmt und heute eine Vorlesung über Privatkapital gehalten habe. Die Volkspartei mache die Ansicht nicht mit, die Regierung nur auf Worte zu hören. Für sie gebe es nur eine Frage: wie das Volk in der bürgerlichen und besserer Kohlen als bisher bekomme und wie gleichzeitig die Arbeitnehmer zufriedengestellt werden könnten. Abg. Reichert von der Bayer. Volksp. sprach für die Regierungserklärung, ebenso Abg. Dr. Her (Demokr.), der erklärte, daß seine Partei sich über die Einleitung der Einbringung der Regierungsvorlage vorbehalte.

Die Reichsregierung sprach der Unab. Denke und der Einigkeit. So einen erklärt, daß die Reichsregierung die Sozialisierung herbeiführen. Den Beifall machte der Reichstagssozialist Dr. Her, der erklärte, daß die Sozialisierung nicht gemacht habe, weil man erst den Friedensschluß abwarten wolle. Die Nachvollziehung der Sozialisierung werde einen armen Produktionsrückgang bringen, die Vergütung würden Deutschland im Elend verkommen lassen. — Selbst das letzte Mittel der Verhinderung ist den Herren Genossen recht, wenn es gilt, ihren agitatorischen Zweck zu erreichen!

